GRÜNE JUGEND Bayern

Erstarkendem Nationalismus die Stirn bieten!

Rechte Gewalttaten in Bayern gegen Asylsuchende und deren Unterstützer*innen haben in dramatischem Maße zugenommen. Auf Unterkünften für Geflüchtete gab es im letzten Jahr laut Innenministerium 68 Angriffe, insgesamt wurden im Freistaat nach offizieller Statistik 730 Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund verübt. Dazu kommt, dass nur eine sehr geringe Anzahl der Straftaten bisher aufgeklärt werden konnte oder diese von den Behörden nicht mit einem rassistischen Motiv in Verbindung gebracht werden. Die Dunkelziffer wird daher wohl noch höher liegen. Auch Bedrohungen und Einschüchterungen von Neonazis gegen Menschen, die sich antifaschistisch und für Geflüchtete engagieren, stellen ein ernstzunehmendes Problem dar. Gleichzeitig erleben wir eine politische Debatte, in der stumpfe Vorurteile und rassistische Parolen erneut Einzug halten und öffentlichkeitswirksam von größeren Parteien vertreten werden. Standpunkte, die noch vor kurzem als rechtsradikal oder islamophob gegolten hätten, sind nun salonfähig. Davon ermutigt traut sich auch eine breite Bevölkerung ihre vorhandenen Ressentiments gegen das vermeintlich Fremde wieder offen zu artikulieren und Hass zu verbreiten. Damit machen sich viele konservative Parteien, die die neuerliche Hetze gegen Geflüchtete vorantreiben, mitschuldig an dem rechten Terror, den wir seit 2015 verstärkt erleben. Auch wenn die Brandsätze andere geworfen haben, haben sie doch verbal mitgezündelt. Als antifaschistischer Verband verurteilen wir dieses bewusste

Zurückkehren zu einem ausgrenzenden und völkischen Diskurs aufs Schärfste. Wir müssen jetzt gegensteuern und Nationalismus und Rassismus einen Riegel vorschieben! Ein Ausbau der Präventionsmaßnahmen ist dafür zwingend notwendig.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert von Polizei und Staatsanwaltschaft ein verstärktes Augenmerk auf rassistische und fremdenfeindliche Tatmotive und einen stärkeren Ermittlungs- und Fahndungsdruck. Nur so kann die Zahl der Nachahmer*innen kleinstmöglich gehalten werden und endlich deutlich gemacht werden, dass auch rechter Terror mit aller Entschiedenheit bekämpft wird. Besonders wichtig ist es zudem, dass die Staatsregierung Rassismus endlich als politisches Problem innerhalb der breiten Bevölerung erkennt und Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung einleitet. Rechte Straf- und Gewalttaten werden immer häufiger aus dem sogenannten Übergangsfeld heraus begangen, also von Menschen, die nicht eindeutig einer neonazistischen Gruppierung zugeordnet werden können. Aussteiger*innenprogramme müssen ausgeweitet, endlich mit genügend Finanzmitteln ausgestattet und an neue Erkenntnisse angepasst werden.

Außerdem fordert die GRÜNE JUGEND Bayern ein flächendeckendes Demokratisierungsprogramm, um gegen die vorhandenen Ressentiments und rassistischen Vorurteilen in der Bevölkerung vorzugehen. Darüber hinaus fordern wir für jede Gemeinde eine*n Jugendbeauftragte*n für Demokratie, deren*dessen Tätigkeitsbereich neben Jugendtreffs auch Demokratieerziehung in der Gemeinschaftsschule sein sollte.

Gerade die "GIDA"-Bewegung, die auch in einigen bayerischen Städten sehr aktiv ist, zeigt deutlich, wie die Grenze zwischen gewaltbereiten Neonazis und der sogenannten "bürgerlichen Mitte" verschwimmt. Doch die Radikalität der Mitte darf nicht unterschätzt werden. Nicht ohne Grund teilen sich führende Köpfe von einschlägigen Neonazi-Organisationen wie dem "III. Weg" bei solchen Veranstaltungen die Bühne mit ebenjener Mitte. Dennoch gibt es bis jetzt von Landesebene keine wahrnehmbaren Gegenmaßnahmen oder Aufklärungskampagnen zur "GIDA"-Bewegung. Wir fordern Staatsregierung und Innenministerium auf, politisch auf diese Bewegung zu reagieren, ein Verbotsverfahren zu prüfen und die Kommunen dabei zu unterstützen, die Aufmärsche zu verhindern. Als positives Beispiel kann hier ausdrücklich der Münchner OB Dieter Reiter genannt werden.

Auch das sogenannte "racial profiling" der Polizei, bei dem bewusst Nicht-Weiße kontrolliert werden, ist rassistisch und diskriminierend. Diese Praxis ist nicht nur für die Betroffenen äußerst herabwürdigend, sondern damit wird vor allem das Stereotyp verfestigt, dass von Personen mit dunklerer Hautfarbe eine größere Bedrohung ausgeht. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher alle Polizist*innen auf, diese Praxis endlich zu unterlassen und sich an geltende Rechtsprechung zu halten. Außerdem muss in der Polizeiausbildung ein Fokus auf antirassistische Arbeit gelegt werden und die bisherigen Polizist*innen mit verpflichtenden Fortbildungen dahingehend geschult werden.

Bei antifaschistischen Demonstrationen kommt es immer wieder zu Repressalien gegenüber linken Aktivist*innen und antifaschistisches Handeln wird häufig kriminalisiert. Die CSU hat dies noch verschärft, indem Vermummung bei öffentlichen Versammlungen - was bisher als Ordnungswidrigkeit galt - nun als Straftat geahndet wird. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Abschaffung des Straftatsbestands Vermummung, auch eine Ahndung als Ordnungswidrigkeit lehnen wir ab. Zudem fordern wir Innenministerium und Polizei auf, antifaschistischen Protest als Grundpfeiler einer wehrhaften Demokratie anzuerkennen. Daher müssen neonazistische oder andere fremdenfeindliche Kundgebungen nach Anmeldung sofort von den kommunalen Behörden veröffentlicht werden und Gegendemonstrationen auf Sicht- und Hörweite genehmigt werden.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Auflösung des bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz. Mit der Nicht-Aufklärung der NSU- Morde und der Berufung eines Nazi-Richters in Oberfranken hat sich gezeigt, dass der bayerische Verfassungsschutz versagt. Zudem sind Beobachtungen ohne Tatverdacht und für betroffene Personen schwer einsehbare Vorgänge in einer Demokratie nicht hinnehmbar.
Benötigt wird eine Institution, die mithilfe öffentlichen Materials Informationen bereitstellt, wissenschaftlich aufbereitet und regelmäßig über aktuelle Entwicklungen berichtet.
Ebenso setzt sich die GRÜNE JUGEND Bayern für die Auflösung des Bundesamts für Verfassungsschutz, sowie der Landesämter für Verfassungsschutz in den anderen Bundesländern ein.